

Unsere Forderungen:

- Verkauf aller oder eines Großteils der Telekomaktien im Bundesbesitz
- Einrichtung eines Breitbandfonds mit dem Verkaufserlös
- Entwicklung einer konkreten bundesweiten Ausbaustrategie
- Konzentration der öffentlichen Fördermittel auf den Glasfaserausbau

Es ist höchste Zeit

Wir müssen uns in Deutschland endlich der Realität stellen und die Digitalisierung von Gesellschaft und Wirtschaft offensiv angehen. Sonst werden wir in einigen Jahren feststellen, dass wir abgehängt wurden. Die Rolle der Politik ist es dabei, die Rahmenbedingungen in Deutschland an die neuen Bedingungen anzupassen. Dazu gehört an erster Stelle auch, die Netzinfrastruktur zu modernisieren, damit die Übertragung hoher Bandbreiten möglich wird. Auch wenn dies nur ein nötiger Schritt ist, so ist es doch ein grundlegender. Falls wir schon hieran scheitern, dann ist unsere aktuelle wirtschaftliche Stärke in Gefahr. Denn dass der Datenverkehr enorm ansteigen wird, ist schon jetzt absehbar.

Jahr	Globaler Internetdatenverkehr
1992	100 GB pro Tag
1997	100 GB pro Stunde
2002	100 GB pro Sekunde
2007	2.000 GB pro Sekunde
2014	16.144 GB pro Sekunde
2019	51.794 GB pro Sekunde

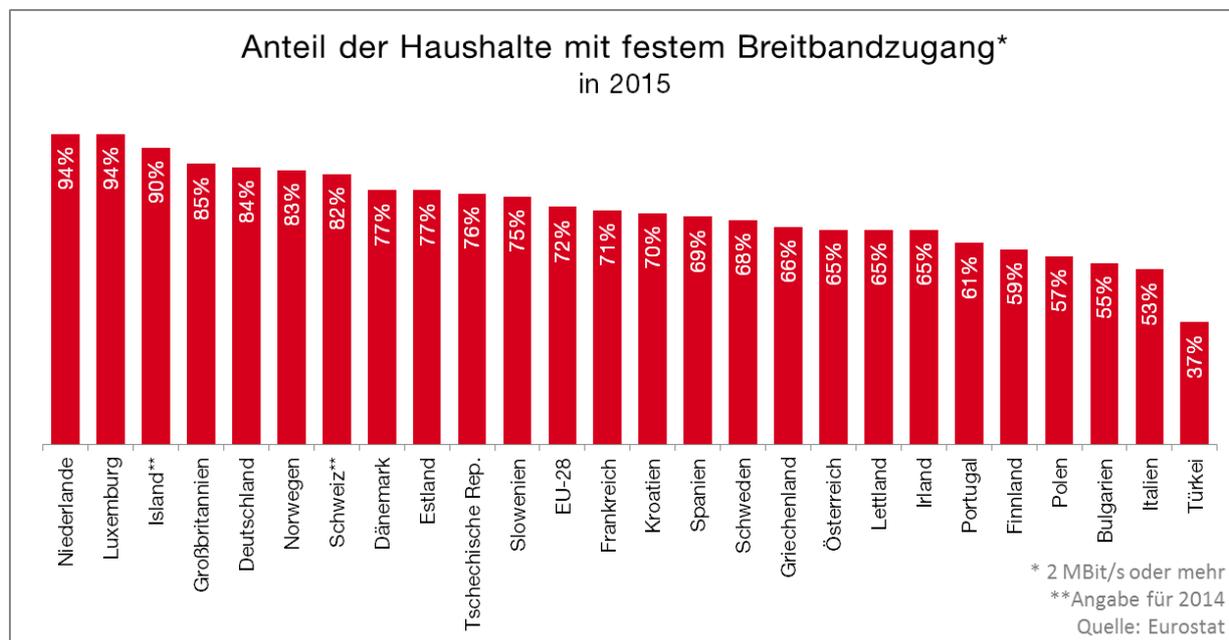
Quelle: Cisco Visual Networking Index 2015

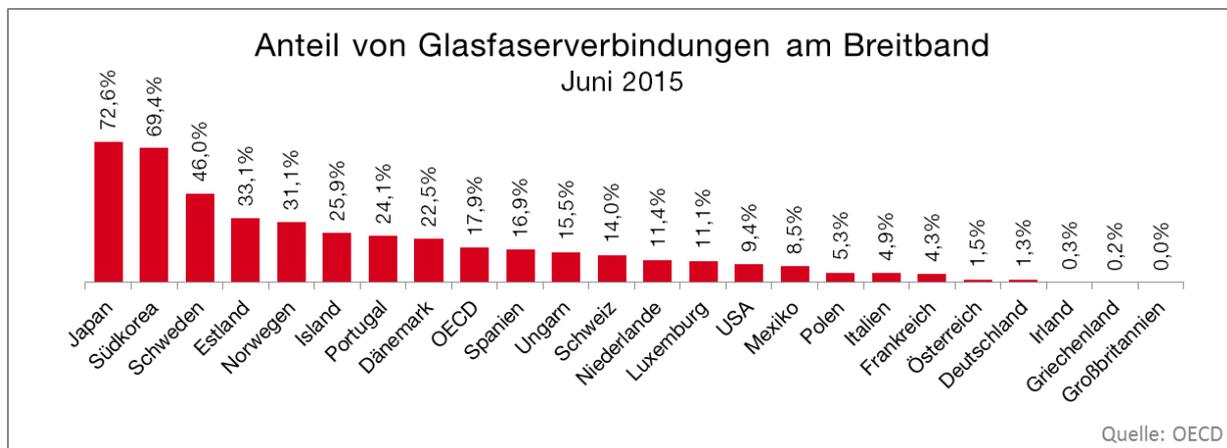
Breitbandausbau kommt nicht voran

In den letzten Jahren haben wir es leider verschlafen, den Breitbandausbau entschieden anzugehen. Andere Länder haben uns längst überholt, insbesondere beim Glasfaserausbau. Die Gründe hierfür sind vielfältig – es fehlt an Geld und politischem Willen.

Zudem erschwert die Verquickung zwischen Telekom und Staat einen effizienten Einsatz der Mittel, die zur Verfügung stehen (der Bund hält direkt 14,3 Prozent der Telekomaktien, die KfW 17,5 Prozent).

Immerhin hat der Bund endlich ein Programm zum Breitbandausbau aufgelegt, das bis 2018 insgesamt 2,7 Mrd. Euro ausschütten soll. Im Programm wird jedoch keineswegs nur der Glasfaserausbau gefördert. Dabei bieten nur Glasfaserkabel mittel- und langfristig ausreichend hohe Bandbreiten. Im schlimmsten Falle würde der Bund jetzt erst die Ertüchtigung des bestehenden Kupfernetzes fördern, um dann in wenigen Jahren erneut mit Steuergeldern den Ausbau des Glasfasernetzes zu finanzieren. Es ist vielleicht kein Zufall, dass die Telekom von der bestehenden Förderung wahrscheinlich überdurchschnittlich profitiert.





Die Lösung: Verkauf der Telekomanteile

Dieses Problem der Interessensverflechtung lässt sich nachhaltig nur durch einen Schritt lösen: Durch den Verkauf der Telekomanteile der öffentlichen Hand. Nur so kann ein Interessenskonflikt bei der Förderung des Ausbaus eines zukunftsfähigen Breitbandnetzes ausgeschlossen werden.

Der Verkauf der Telekomanteile ist aus ordnungspolitischen Gründen zudem ohnehin geboten: Es macht keinen Sinn, dass der Staat sich an einem privaten Unternehmen beteiligt, das im Inland auf einem funktionierenden Markt agiert, auf dem es auch viele private Anbieter gibt. Das Argument einer öffentlichen Daseinsvorsorge greift hier nicht. Zudem ist die Telekom stark im Ausland aktiv – so macht sie z. B. über 35 Prozent ihres Umsatzes in den USA (laut Geschäftsbericht 2014). Es gibt keinen Grund, warum der deutsche Steuerzahler dafür haften soll, dass ein deutsches Unternehmen Handyverträge in den USA verkauft.

Ein Verkauf der Anteile hätte zusätzlich den Effekt, dass damit die nötige Liquidität für umfassende Investitionen zur Verfügung stünde. Der Verkauf des Aktienpakets könnte schätzungsweise einen Erlös von 10 bis 20 Mrd. Euro erbringen. In jedem Fall würden diese Einnahmen den dringend nötigen Ausbau des Glasfasernetzes entscheidend voranbringen. Unser Vorschlag ist, den Erlös vollständig in den Glasfaserausbau zu investieren. Hierfür sollte das Geld vollständig in einen neuen Breitbandfonds fließen, der dann die Förderung des Glasfaserausbau über mehrere Jahre finanzieren könnte. Um die Förderung zu steuern, brauchen wir einen konkreten bundesweiten Ausbauplan.

Auf den politischen Willen kommt es an!

Es ist unverständlich, warum es immer noch so sehr beim Thema Breitbandausbau hakt. In einer Gesellschaft, die sich ein Rentenpaket im Wert von über 233 Mrd. Euro bis 2030 leistet, sollte es kein Problem darstellen, einen flächendeckenden Breitbandausbau zu finanzieren. Unabhängig davon, ob dieser nun zehn, fünfzehn oder zwanzig Milliarden Euro öffentlicher Mittel benötigt. Scheitern kann der Ausbau nur am politischen Willen. Wie schnell ein entschlossener politischer Wille auch den finanziellen Weg zum Ziel frei macht, kennen wir nicht nur vom teuren Rentenpaket, sondern z. B. auch von der Energiewende oder von der Erkundung des Mondes.

Hintergrund: Wert der Telekomaktien

Die Marktkapitalisierung (Börsenwert) der Deutschen Telekom lag am 19.02.2016 (Kurs: 15,235 Euro) bei 70,18 Mrd. Euro. Da der Bund (zusammen mit der KfW) insgesamt 31,8 Prozent der gesamten Aktien, also 1,464 Mrd. Aktien besitzt, kann man unter Zuhilfenahme des Börsenkurses den momentanen Wert dieser Aktien bestimmen. Somit ergibt sich ein momentaner Wert der Aktien im Besitz der öffentlichen Hand von 22,31 Mrd. Euro.

Diese 22,31 Mrd. Euro wären aber wahrscheinlich nicht der Erlös bei einem Verkauf der Staatsanteile. Denn der Verkauf von knapp einem Drittel aller Aktien hätte natürlich einen erheblichen Einfluss auf den Aktienkurs, der vermutlich fallen würde. Ein Verkauf könnte jedoch auch in mehreren Tranchen erfolgen. Vielleicht könnte auch ein strategischer Investor gewonnen werden, der eventuell sogar bereit wäre, einen höheren Preis zu zahlen. Insofern ist eine grobe Schätzung der Einnahmen auf 10 bis 20 Mrd. Euro realistisch.

Hintergrund: Breitbandausbau

Eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, ist eine wichtige öffentliche Aufgabe. In den vergangenen Jahrzehnten war das eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. Damit wir jetzt nicht den Anschluss verlieren, brauchen wir im 21. Jahrhundert nicht nur traditionelle analoge Verkehrswege, sondern auch digitale Datenautobahnen. Ohne flächendeckend ausgebaute Netze werden wir erst gar keine Möglichkeit haben, bei der Digitalisierung mitzuhalten. Dies gilt gerade für ländliche Regionen, die ohne Breitbandanschlüsse noch weiter abgehängt werden. Zum einen weil man ohne sie bestimmte Geschäftsmodelle dann nicht vor Ort verwirklichen kann (und dies wird für immer mehr Branchen gelten), aber auch weil es für junge Leute (noch) unattraktiver wird, auf dem Land zu bleiben. Auf der anderen Seite bringt die Digitalisierung aber gerade für den ländlichen Raum enorme Chancen – wenn die Netzanbindung stimmt.

Aus unserer Sicht muss es das Ziel sein, flächendeckend Glasfaserkabel bis zu jeder Haus- und Gewerbetür zu verlegen. Allein Glasfasern können die notwendige Bandbreite für die nächsten Jahrzehnte bereitstellen. Alle anderen Technologien können den Glasfaserausbau deswegen nicht ersetzen. Sie können höchstens als Übergangstechnologien helfen, die Zeit bis zum Breitbandausbau zu überbrücken. Die an vielen Stellen sicher notwendige staatliche Förderung des Netzausbaus sollte aber nicht für Übergangstechnologien eingesetzt werden. Wenn staatliche Förderung fließt, dann sollte sie gleich für den Ausbau eines dauerhaft zukunftsfähigen Breitbandnetzes genutzt werden. Darüber hinaus sollte die Förderung nicht dazu führen, den Wettbewerb auszuhebeln. Eine Möglichkeit hierzu bieten Ausschreibungsmodelle – beispielsweise auf Landkreisebene – zum flächendeckenden Netzausbau. Den Zuschlag erhält dann der Anbieter, der den niedrigsten Zuschuss zur Erfüllung der festgeschriebenen Anforderungen benötigt